

Капканер Ваг. М. Гур
Топштейн К. К. Кунин

Der Kolonist

Er erscheint 3 mal wöchentlich, jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag.

Adresse: Ekaterinograd, Samarsk. губ., редакция газеты «ДЕРЬ КОЛОНИСТЪ.»

Druckstunde des Redakteurs: täglich von 5 bis 6 Uhr.

Bezugspreis mit Zustellung auf Jahr 8 Rubl., 6 Monate 4 Rubl., 3 Monate 2 Rubl., Zus Ausland jährlich 10 Rubl. Anzeigen, die gespaltete Petitzeile, oder deren Raum 30 Kop. Einzelnummer 15 Kop. Adressenänderung 30 Kop.

Nr. 41.

Katharinenstadt, Sonntag, den 6. August 1917.

1. Jahrgang.

Von der Redaktion.

Wir ersuchen unsere werthen Leser, die die Zeitung noch nicht ganz bezahlt haben, den fehlenden Betrag möglichst bald einsenden zu wollen. Künftighin wird die Zeitung nur gegen Vorauszahlung zugesandt werden.

Bestellungen werden nur vom ersten jeden Monats angenommen.

Wen und wie wählen wir in die Kreislandschaft.

Durch das Gesetz der Zeitweiligen Regierung vom 21. Mai sind dem Volke sehr große Rechte gegeben. Das Volk wird sich jetzt selbst regieren durch seine Vertreter und nicht durch von oben ernannte Beamtentypen. Jeder Kreis, jeder Bezirk, jede Stadt und sogar das ganze Reich wird jetzt das Volk selbst durch seine Erwählten verwalten; daher ist es sehr wichtig zu wissen, wohin, wen und wie man wählt, damit man keinen Fehler macht, d. h. auf so wichtige und verantwortungsvolle Posten nicht unerfahrene, unzuverlässige Leute wählt, denen die Interessen des arbeitenden Volkes ferne liegen.

Vor allen Dingen wird unsere Banernschaft sich an den Wahlen in die Kreislandschaft beteiligen. Wen wählen wir da? Auf diese Frage gibt es immer und überall nur eine Antwort: die besten Männer, ehrliche Männer, Männer (oder auch Frauen) die das Volk lieben und bereit sind, ihre persönlichen Interessen dem allgemeinen Wohl zu opfern.

Bei den Wahlen in die Landschaft müssen wir hier noch hinzufügen: wirtschaftliche Leute, die sich im öffentlichen Dienste im Kreise hervorgetan haben, die das drückende Leben des arbeitenden Volkes kennen.

Wie müssen wir nun unsere Vertreter wählen? Man sollte meinen, daß auch diese Frage nicht schwer zu beantworten sei. Wir haben doch schon so oft gewählt: den Vorsteher, Obervorsteher und Gemeindebevollmächtigte. Das geschah aber gewöhnlich durch offene Stimmabgabe, zuweilen durch Geschrei, wobei ein kleines Häuflein seinen Kandidaten durchführte, der in den meisten Fällen das Vertrauen der Bevölkerung nicht besaß und im öffentlichen Dienste häufig ein schlechter, und unzuverlässiger Arbeiter war.

Jetzt ist das anders, jetzt haben wir die allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahl.

An den Wahlen können sich alle Bürger beiderlei Geschlechts beteiligen, die in den Grenzen des Kreises leben und am Tage der Aufstellung der Wahllisten nicht unter 20 Jahren alt sind. Der Wähler erhält einige Tage vor den Wahlen den Wahlzettel und schreibt darauf soviel Personen, wieviel im gegebenen Wahlbezirk erforderlich sind. Falls er selbst nicht schreiben kann, bittet er einen Bekannten, dem er unbedingt vertraut. Die Anzahl der zu wählenden Personen wird von der Wahlkommission bekannt gemacht. Mehr als nötig soll man nicht aufschreiben, da die letzten, von unten gerechnet, von der Wahlkommission gestrichen werden. Man kann aufschreiben, wen man will, wenn man vertraut und wenn man die Verwaltung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten im Kreise anzuvertrauen wünscht. Es können sogar Personen gewählt werden, die nicht im betreffenden Kreise leben, wenn sie nur das gesetzliche Recht dazu haben. Im Wahlzettel muß deutlich ohne Verbesserungen und Streichungen der Tauf-, Vaters- und Familienname der Person aufgeschrieben werden, die man wählen will. Wenn ein Name unleserlich oder ungenau geschrieben ist, so wird er gestrichen, und die Stimme geht verloren. Man soll eine Person auch nur einmal aufschreiben im Wahlzettel, da die Wahlkommission dem Kandidaten doch nur eine Stimme anmerkt, wenn er auch einige Male in einem Zettel aufgeschrieben ist.

Der Wähler darf seinen Wahlzettel nicht unterschreiben, so ist das keine geheime Wahl, und sein Zettel wird als ungesetlich verworfen. Jeder Wähler hat nur eine Stimme, kann also nur einen Wahlzettel abgeben.

Seinen Wahlzettel muß jeder Wähler unbedingt selbst abgeben, er darf ihn nicht mit einem Bekannten oder Verwandten schicken.

Am Wahltage muß der Wähler von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends persönlich in dem Raume erscheinen, wo sich die Wahlkommission befindet, und dem Präses oder seinem Vertreter den vierfach, mit der beschriebenen Seite nach innen zusammengelegten Zettel abgeben. Wenn der Präses den Zettel in die Wahlurne (Kiste) hineingelegt hat, verläßt der Wähler ruhig den Raum. Sowohl im Wahlraume als auch in dessen Nähe hat der Wähler Ruhe und Ordnung zu wahren. Am Tage der Wahlen darf keinerlei Werbetätigkeit getrieben werden.

Es ist sehr erwünscht, daß am Tage nach den Wahlen einige der Wähler beim Zählen der Stimmen zugegen seien. Als gewählt gelten die Personen, die mehr als die Hälfte aller Stimmen, der an den Wahlen beteiligt gewesenen Personen erhalten haben.

Wenn die Wahlen am festgesetzten Tage aus irgendeinem Grunde nicht zustande kommen oder weniger als zwei Drittel der für den Kreis erforderlichen Anzahl gewählt worden sind, so wird ein neuer Wahltag auf den nächsten Feiertag anberaumt.

Regeln über die Wahlen in die verfassunggebende Versammlung.

Die Regierung hat zu den Wahlen in die verfassunggebende Versammlung folgende Verordnungen erlassen:

1. Die verfassunggebende Versammlung setzt sich zusammen aus Mitgliedern, die von der Bevölkerung auf Grund des allgemeinen, ohne Unterschied des Geschlechtes, und gleichen Wahlrechtes durch direkte Wahl und geheimer Stimmabgabe unter Anwendung der proportionalen Vertreterwahl gewählt sind.

2. Zur Ausführung der Wahlen werden Wahlbezirke gebildet. (Diese entsprechen in den meisten Fällen den Gouvernements). Die Residenzen bilden jede einen besonderen Wahlkreis. Die Zahl der Mitglieder der verfassunggebenden Versammlung, die in den einzelnen Bezirken gewählt werden sollen, wird noch besonders festgesetzt. Zur Stimmabgabe werden die Wahlbezirke in Wahlkreise eingeteilt.

Vom Wahlrecht.

3. An den Wahlen können sich alle Bürger und Bürgerinnen beteiligen, die am Tage der Wahlen das 20. Lebensjahr erreicht haben. (Für die Soldaten das 18. Lebensjahr).

4. An den Wahlen können nicht teilnehmen: Blödsinnige und Wahnsinnige, sowie Taubstumme, die unter Aufsicht stehen.

5. Das Wahlrecht verlieren:

1. Die mit Zwangsarbeit Bestraften — vor Ablauf von 10 Jahren nach verbüßter Strafe.

2. Die zur Ansiedlung Verbannten, zur Strafanstalt, Gefängnis oder Festung mit Verlust oder Einschränkung der Rechte Verurteilten, — vor Ablauf von 5 Jahren nach verbüßter Strafe.

III. Die für Diebstahl, Betrug, Verschwendung anvertrauten Vermögens, Verhehlen geschäftlichen Kauf von Gestohlenem, Bücher sowie für Taten, die gegen die Freiheit und Nichtigkeit der Wahlen gerichtet waren Verurteilten — vor Ablauf von 3 Jahren nach verbüßter Strafe.

IV. Die nicht zahlungsfähigen Schuldner, die böswilligen Bankrott erklärt haben — vor Ablauf von 3 Jahren nach erfolgter gerichtlicher Erklärung.

V. Soldaten, die eigenmächtig aus der Armee entlaufen sind.

6. An den Wahlen können sich nur diejenigen Wähler beteiligen, die in die Wählerlisten eingetragen sind.

7. Das Recht gewählt zu werden, hat jeder, der das Wahlrecht besitzt, wenn er auch in die Wählerlisten eines andern Bezirkes oder überhaupt nicht eingetragen ist.

8. Zu den Wahlen werden diejenigen nicht zugelassen, die zur Zeit der Wahlen das Wahlrecht verloren haben, sowie auch die, die zur Zeit der Wahlen der Freiheit beraubt sind, sowohl laut erfolgtem Richter-spruch, als auch als Vorbeugungsmaßregel infolge einer verbrecherischen Tat.

9. Die Glieder der ehemaligen in Rußland herrschenden Familie dürfen weder in die verfassunggebende Versammlung wählen, noch gewählt werden.

(Fortsetzung folgt.)

Verbürgung der Rechte nationaler Minderheiten.

Mit nachstehendem Artikel glaube ich meinen lieben Volksgenossen an der Wolga darüber Anschluß geben zu müssen, wie der Begriff „Selbstbestimmung der Völker“ (Selbstverwaltung, auch Autonomie) aufzufassen ist. Die Wolga-Kolonisten, die sich alle wie ein Mann um das Freiheitsbanner der Revolution geschart haben und deren nationales Bewußtsein wieder erweckt wurde unter dem Drucke der barbarischen Beamtenherrschaft, werden wohl aus den Zeiten dieser Tyrannei die Lehre ziehen, daß sie für die Zukunft auf allen ihren Verwaltungsposten Beamte brauchen, die die Bedürfnisse der Deutschen nicht nur kennen, sondern mit denselben gänzlich verweht sind, wie sie selbst. Solche Beamte können freilich nur aus ihrer eignen Mitte hervorgehen; folglich haben sie sich auch ihre Verwaltungsapparate selbst zu schaffen. Denn die Deutschen an der Wolga stehen, so manchen unheilbringenden Stürmen ausgesetzt, vor der Gefahr, in unabhängigen Zeiten vielleicht das Schicksal derjenigen Völker zu teilen, die, wie die Geschichte lehrt, unter größeren Völkern allmählich ihren Untergang gefunden haben. Ich konnte es nicht verwinden, diesen Artikel, der die Grundsätze des deutschen Gelehrten Rudolf Springer über die Selbstbestimmung der Völker traktiert, für den „Kolonisten“ zu verfassen.

Leider gibt es bis jetzt noch Menschen, die da meinen, daß es zur Lösung der Nationalitätenfrage in Rußland genüge, wenn man von Rechten der Bürger spreche und allerlei Lösungen kund tue. Die Programme fast aller russischen Parteien, die sozialistischen nicht ausgenommen, verlangen Gleichheit und Selbstbestimmung der Völker. Die Un-

zulänglichkeit dieser Programme jedoch geht daraus hervor, daß sogar die reaktionären Parteien des alten Regimes dieselben Grundsätze aufgestellt haben. So verlangt der Verband vom 17. Okt., daß an der Schaffung einer neuen Regierungsgewalt alle Bürger ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens teilzunehmen und daß den einzelnen Völkern die weitgehendsten Rechte zur Befriedigung und zum Schutze ihrer kulturellen Bedürfnisse zugestanden würden. Die Partei der Rechtsordnung stammelt von „Gleichberechtigung aller Bewohner Rußlands.“ Bei diesen zwei Parteien würden wohl die Kleinrussen und Juden für bessere Völker gelten wenn sie ihnen ihre Interessen überließen und sich deren beherrschbaren Lösungen anvertrauten. Wie sehr sich aber der Begriff Selbstbestimmung dehnen läßt, beweist noch der Umstand, daß die Partei, welche sich die Partei der Volksfreiheit nennt, gleich eine Ministerkrisis hervorrief, als die zeitweilige Regierung für Selbstverwaltung in Kleinrußland eintrat. Und dies geschah in einem so ernstern Moment unrer aufsteigenden Zeit, wo zur Wahrung aller Eroberungen der Freiheit gegenseitige Nachgiebigkeit dringend geboten war. Wo ist da der Demokratismus, der so vor Demokratismus schreienden Kadetten geblieben? Wie man nun sieht, ist diese Partei nicht für die Freiheit der Völker Rußlands. Ihr Zentralkomitee erblickt in einer Selbstverwaltung Kleinrußlands eben nur eine Zerstückelung Rußlands. So waren die Beziehungen der Völker miteinander, wie die Geschichte lehrt, immer ein Prüfstein politischer Entschlossenheit und Gewissenhaftigkeit.

(Schluß folgt.)

Der Sozialismus und die Bibel.

(Von Prof. Johann Edgar.)

„Und ich werde alle Nationen erschüttern und das Erbschte aller Nationen wird kommen.“ (Saggai 2, 7.)

Vor noch nicht vielen Jahren wurde dem Sozialismus lediglich von Theoretikern das Wort geredet. Er stellte mehr oder weniger eine akademische Frage dar, für die viele praktische Männer nur ein Lächeln hatten. Heute ist er eine rapid (rasch) wachsende und aktive, tätige internationale Macht. Was ist der Grund hierfür? Sind Ursachen vorhanden zur Unzufriedenheit mit den Regierungsformen und der sozialen Ordnung der Vergangenheit und der Gegenwart? Hieran kann nur eine bejahende Antwort gegeben werden. Es gibt keinerlei Ursachen zur Unzufriedenheit, aber sie alle lassen sich zusammenfassen in drei hauptsächlichste Argumentgruppen. Das erste Hauptargument ist dasjenige, vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus, das zweite ist das Argument vom wirtschaftlichen und ökonomischen Standpunkte aus, und das dritte ist das Argument vom Standpunkt der Notwendigkeit aus.

Das Argument der Gerechtigkeit. Der Sozialismus weist darauf hin, daß diejenigen, die Ehren und Reichtum besitzen, keineswegs immer die Würdigsten sind. Sehr oft haben sie weniger Fähigkeit und Ehrlichkeit als viele von denen, die im Kampf ums Dasein weniger glücklich sind. Dies sollte nicht der Fall sein. Alle Menschen sollten ihren Lebenslauf unter den gleichen Bedingungen und Möglichkeiten beginnen

können, die gesellschaftliche Ordnung sollte Begünstigungen weder am Anfange des Lebens, noch in irgendeiner späteren Periode desselben zulassen. Wenn jemand irgendwie belohnt werden soll, so sollte dies auf Grund seiner Verdienste geschehen, nicht aber durch Standesvorteile, wie sie vielen mit der Geburt in den Schoß fallen, und auch nicht dadurch, daß der eine einflußreichere Gönner hat als der andere. Ist andererseits jemand arm und befindet sich auf einer niederen Stufe im Leben, so sollte dies als eine Strafe für Uebelthäter gelten, nicht aber als ein Resultat davon, daß es einem solchen, trotz aller Mühe nicht möglich gewesen ist, eine Stellung zu finden, die ihm eine auskömmliche Existenz ermöglichte. Das ist das Argument der Gerechtigkeit.

Nun zum zweiten Punkt.

Das Argument der Wirtschaftlichkeit. Welch' eine Verschwendung haftet doch dem gegenwärtigen Konkurrenzsystem an! Abgesehen von den enormen Reklamekosten und der Jagd nach den Bestellungen, findet eine Entwertung der Waren durch Ueberproduktion statt, so wie die Erzeugung billiger Schundwaren. Auch betrachte man die Verschwendung an Geld, Zeit und Arbeit, die daraus erfolgt, daß große Mengen von Waren fabriziert werden, die erst nach langer Zeit in den Konsumverbrauch übergehen. Welch' ungeheure Ersparnis würde es bedeuten, wenn statt des gegenwärtigen Konkurrenzsystems ein ordnungsmäßiges, genossenschaftliches System der Herstellung und Verteilung existierte! Das ist das Argument der Wirtschaftlichkeit!

Dann drittens besteht das Argument der Notwendigkeit. Wenn wir Umschau halten, so finden wir, daß die sozialen Verhältnisse nicht richtig sind. Ungezählte Tausende haben unzureichende Nahrung, Kleidung und Wohnung. Und wenden wir uns den Arbeitsverhältnissen zu, so finden wir tausende von Arbeitslosen und zehntausende von solchen, die überarbeitet und unterbezahlt sind. Wenn wir dann die körperlichen und geistigen Verhältnisse betrachten, so begegnet uns viel Not und Elend. Die Myle und Hospitäler wachsen von Jahr zu Jahr an Ausdehnung und Zahl, und doch sind sie stets überfüllt; und außerhalb dieser Institute gibt es große Massen Armer so wohl als auch Reicher, die ganz oder teilweise geistig oder körperlich invalide (gebrechlich) sind. Ohne Zweifel liegt es außerhalb der Macht des Arztes oder des Sozialreformers, einen großen Teil dieser Invalidität zu beseitigen; dennoch aber wäre vielen zu helfen durch geeignete Gesetze und Bestimmungen, zumal wenn der Reichtum des Landes von der Nation verwaltet würde. Wenn wir wiederum die moralischen Verhältnisse des Volkes betrachten, so finden wir, daß das gegenwärtige System an vielem Schuld ist. In vielen großen Städten gibt es tausende von Familien, die in einem Raum zusammengedrängt wohnen müssen, und die überfüllten Armenviertel leiden unter schlechten Luft, Licht- und Kanalisationsverhältnissen. Infolgedessen wachsen zahlreiche Kinder inmitten des moralischen und buchstäblichen Schmutzes solcher Wohnstätten auf, und leider beschränken sich diese bösen Einflüsse auf dergleichen Quartiere, weungleich sie dort am Augenfälligsten sind.

Es sollte solche entsetzliche Verhältnisse nicht geben und wenn die richtigen Maßnahmen getroffen und durchgeführt würden, so könnten viele dieser Uebel ausgerottet werden. Dies sind die Argumente, und das letzte ist das wichtigste. Je mehr wir die ganze Frage studieren, umso mehr ergibt sich für uns die Notwendigkeit einer drastischen Reform. Eine Befreiung aus der gegenwärtigen Ordnung der Dinge ist eine unabwiesbare Notwendigkeit, die alle humanen (gefühlvollen) und recht denkenden Menschen anerkennen.

Nachdem wir so die drei hauptsächlichsten Argumentgruppen zugunsten des Sozialismus kurz dargetan haben, fragen wir: „Ist der Sozialismus praktisch durchführbar?“

Die Sozialisten sagen, daß, wenn ihre Grundsätze angenommen würden, jedermann Frieden und Wohlfahrt fände, und daß auf diesem Wege das Ersehnte aller Nationen kommen würde.

(Fortsetzung folgt.)

Die Landfrage und die Volkssozialisten.

Alles für das Volk,
alles durch das Volk!

Mit dieser Losung mengt sich die volkssozialistische Partei in den Kampf für das Wohl der breiten Massen des Volkes ein. Nicht nur die Proletarier (der besitzlose Stand), sondern das ganze Volk soll sich vereinigen, um eigener Schmied seines Glückes zu sein.

Jede politische Partei stellt ihr Programm auf und sagt da, was sie bezweckt und was sie erkämpfen will. Mit andern Worten, sie zeichnet sich Ideale vor, denen sie nachstrebt und die verwirklicht werden sollen, durch Nacht zum Licht, durch Kampf zum Sieg.

In der großen Sozialisten-Familie nehmen die Volkssozialisten in bezug auf die Taktik, d. h. kampfgerechtes Vorgehen, eine Sonderstellung ein und — werden gescholten von links und rechts. Es ist eben keine „Mode“-partei, wie heutzutage sich jeder Gymnasiast der 8. Klasse schämen würde, kein Sozial-Revolutionär zu sein; ist auch keine Partei der Großgrundbesitzer, die nur ihre Interessen verfolgt; es ist eine Volkspartei, die den Sozialismus im Herzen trägt, aber im Interesse des Volkes selbst mäßig vorgeht, um nicht alles zu verlieren, wenn's ans Ausreißen und Ferkengeldgeben geht. Denn auch mit dieser Möglichkeit hat man in unserer schweren Zeit zu rechnen. Und jetzt, nachdem unsere Sozialisten-Minister eine gute Lektion bekommen haben, sagen sie schon in ihren öffentlichen Reden, daß der Sozialismus erst nach hunderten von Jahren reif zu einer unverzüglichen Verwirklichung sei.

Auch in der Landfrage nehmen die Volkssozialisten eine Sonderstellung ein. Wir verlangen, daß das ganze Land nationalisiert werde, d. h. das ganze Land muß dem Russischen Staat angehören, und Privatbesitz muß gänzlich ausgeschlossen sein. Der Staat soll das Land in Pacht geben, und ein jeder, der das Land selbst mit seinen eignen Kräften bearbeiten will, der nur für sich und nicht für andere arbeitet, hat Recht auf Land.

Das sind unsere Grundprinzipien, unser Ideal. Damit soll aber noch nicht gesagt

sein, daß die Volkssozialisten auf sofortige Erfüllung ihrer Forderungen bestehen, ohne die Frage über Ordnung und Einführungsfrist dieser Maßregel gelöst zu haben. Wenn schon in kleineren Sachen Vorsicht die Mutter der Weisheit ist, wieviel mehr noch in schweren und komplizierten Staatsfragen!

Russland ist von dem alten Regime (Staatsverwaltung) an den Rand eines vollständigen Ruins gebracht worden. Es hat soviel Staatschulden, daß sogar das Geld für die Zinsen nicht reichen kann, wenn die Staatswirtschaft nicht auf richtige Bahn geleitet wird. Fabriken und Gewerbestellen haben wir noch sehr wenig; Russlands Kraft und Stärke liegt einstweilen nur im Land und Ackerbau. Darum Vorsicht in der Landfrage! Um dieselbe gerecht zu lösen, dürfen wir keine einzige Minute uns vom praktischen Leben ableiten lassen. Es können Jahrzehnte vergehen, bis das neue Landgesetz ins Leben eingetreten ist.

Wenn nun das Land nationalisiert werden soll, müssen alle Ländereien ohne Ausnahme an den Staat fliegen und somit allgemeines Eigentum des Volkes werden. Die Nationalisierung (Einbürgerung) der Gemeindeländereien und derjenigen Privatländereien, wo die Wirtschaft mit eigenen Arbeitsmitteln geführt wird, z. B. wo die sogenannten Landstücke eingeführt sind oder das Land der Kleinbesitzer, also die Einbürgerung solcher Ländereien muß ordnungsgemäß so verwirklicht werden, daß einerseits das Land in Händen derer gesichert wird, die ihr Land selbst bearbeiten, und andererseits der allmähliche Uebergang des Landes an den Staat ermöglicht wird. Alle anderen Ländereien aber, sowie auch der Schoß der Erde und das Wasser müssen sofort und unverzüglich in den Besitz des gesamten Volkes, an den Staat übergehen.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Tätigkeit der Dorfkomitees.

Wie bekannt, sind auch in unsern deutschen Dörfern an Stelle der Dorfverwaltung die Komitees getreten. Die Zeit ihres Bestehens ist ja zu kurz, um ein Urteil über ihre Tätigkeit zu fällen. Doch möchte ich hier nicht verschweigen, daß die Komitees in manchen Beziehungen schon viel getan haben zum Wohl der örtlichen Bevölkerung. So kämpfen sie z. B. in einigen Dörfern besonders gegen die geheimen Branntweinbrennereien und den Verkauf von Branntwein; sie haben schon manches Nestchen ausgehoben und vernichtet. Auch haben einige Komitees Verhandlungen eröffnet, wo der ärmeren Bevölkerung das Mehl zu mäßigen Preisen verabsolgt wird. Manche Gemeinde hat auf Antrag der Komitees Beschlüsse abgefaßt, worin sie beschlossen hat, daß kein Getreide mehr an Privatpersonen verkauft werden darf, sondern nur an die örtlichen Komitees zu den festgesetzten Kronpreisen.

Aber dagegen protestieren diejenigen Wirte, die noch Vorrat an Getreide haben; sie wollen mehr haben für ihr Getreide, da ihnen von den geheimen Spekulanten mehr geboten wird. Ja sogar Komitee-Mitglieder weigern sich, Getreide zu den festen Preisen zu verkaufen. Infolge dessen haben einige

Komitees schon den Kronpreis bis 30 Rbl. erhöht. Wenn schon die Komitees die Preise erhöhen wollen (wazu sie übrigens gar kein gesetzliches Recht haben), was werden dann die anderen Wirte tun?

Werden sie nicht die Preise so hoch hinaufschrauben, daß die armen Leute gar nicht mehr so viel bezahlen können und dem Hungertode preisgegeben werden?

Die Krone hat doch die Preise auf das Getreide aus dem Grund festgesetzt, damit die Bevölkerung zu mäßigen Preisen Brot haben kann und nicht der Willkür der Spekulanten preisgegeben sei. In dieser ersten, schweren Zeit, wo das Blut unserer Brüder in Strömen fließt, wo die Not infolge der großen Teuerung und Mähernte immer größer wird, laßt uns nicht Geshäfte machen, sondern auch vor allen Dingen etwas Nächstenliebe erweisen. Wir wollen gemeinsam mit den Komitees arbeiten, um der großen bevorstehenden Hungersnot doch so viel, wie möglich, vorzubeugen.

Ein Volksfreund.

Zuschriften an die Redaktion.

Geehrter Herr Redakteur!

Wir Soldaten der 8. Arbeiter- und Bauingenieur-Druschina bringen der Zeitungsgesellschaft unsern herzlichsten Dank für das Geschenk des „Kolonisten.“ Wir lesen ihn mit großer Freude.

Mit Gruß an alle Bürger der Wolgaskolonien verbleiben wir Euerer Mitbürger und Brüder: D. Kofe, F. Jader, A. Karais, G. Hoppe, S. Kunz, H. Wagner, A. Stenwald, H. Aruhold, J. Besler, G. Jakob, S. Gut, Georg Konstan, A. Felsing, E. Jabs, D. Tag und B. Schulz.

Geehrter Herr Enich!

Im Auftrage von 25 meiner Kameraden größtenteils Samarischen Gouvernements, die wir von 2 bis bald 3 Jahre hier im Kaukasus leben, richte ich diese Zeilen an Sie.

Abgerissen von der teuren Heimat, umgeben von hohen Bergen und tiefen Schluchten, ohne jegliche geistige Nahrung, harren wir der Zeit, die uns die Erlösung bringen soll.

Da es im Reiche große Umwälzungen gegeben hat, hätten wir doch auch gerne erfahren, was in unserer Heimat an der Wolga geschieht, was dort gearbeitet und bewerkstelligt wird. Ein Zufall spielte uns den „Kolonisten“ in die Hände. Obgleich das Blatt schon ganz zerfetzt und schmutzig war, waren doch alle begierig zu erfahren, was es enthielt. Aufmerksam lauschten die Kameraden den Worten zu, die ich ihnen vorlas; und froh und erleichtert atmeten wir auf, als wir erfuhren, daß auch bei uns in den Wolgaskolonien für eine bessere Gestaltung des Lebens unserer deutschen Mitbrüder gearbeitet wird.

Achtungsvoll

Johannes Schwenk.

Der Krieg.

Englische Front in Frankreich.

Amtlich vom 31. Juli. Der plötzliche Ueberfall des Feindes heute morgen südlich von Armentier wurde von den portugiesischen Truppen abgewiesen. Ein starker West-

kurz war den feindlichen Fliegern günstig. Während der Luftkämpfe wurden 3 feindliche Flugzeuge herabgeschützt. Von uns sind 5 nicht wiedergekehrt.

Rumänische Front.

Am 1. August. Am 31. Juli dauerten die erbitterten Kämpfe bei Olua fort. Die Rumänen entwickelten ihren Vorstoß und drängten den Feind zurück.

In der Richtung auf Fokschang hat der Feind nach vorbereitender Artilleriefeuer einige Angriffe unternommen, die alle abgewiesen wurden.

Vom 2. August. 7 Werst westlich von Olua ist es dem Feinde gelungen eine Höhe zu gewinnen. In der Umgebung von Krendtscheni hat der Feind hartnäckig angegriffen. Es gelang ihm, einen Teil unserer Schützengräben zu nehmen, durch einen Gegenangriff wurde die Lage jedoch wieder hergestellt.

Inland.

Eisenbahnunglück.

Auf der Nikolaibahn ist in der Nähe der Station Große Wischera ein Personenzug auf einen Warendzug gerannt. Es hat 40 Tote und 70 Verwundete gegeben.

Er kommt.

In Petrowsk, Gebiet Samarakand, ist die Hungersnot schon dermaßen gestiegen, daß die Komitees Aufruhr befürchten. Die Menschen sterben schon Hungers.

Ausstand.

Am 1. August hat in Helsingfors ein allgemeiner Streik begonnen. Das ganze Leben in der Stadt steht still. Es arbeiten nur die Eisenbahn, die Lebensmittel-Handlungen und die Militäranstalten. Der Ausstand gilt als Protest gegen die Verpflegungspolitik, die zum Nachteil der Bevölkerung geführt wird.

Die Freiheitsanleihe.

Laut Angaben des Finanzministeriums sind bis jetzt 3 Milliarden 350 Millionen Rubel auf die Freiheitsanleihe gezeichnet worden. Die Anleihe ist somit mehr als gedeckt.

Großer Feuerschaden.

Aus Zarizyn wird vom 1. August telegraphiert, daß dort die Holzniederlagen brennen. Das Feuer hat sich auf 2 Werst ausgedehnt. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Islam und Sozialismus.

In Samara hat die Konferenz der Muselmanen beschlossen, sich den Soz.-Revolut. anzuschließen, da der Islam dem Sozialismus nicht widerspreche.

Ein Erz-Bischof.

Der Synod hat am 28. Juli die wüste Sache des Erzbischofs Wladimir von Pensa verhandelt.

Ueber den Erzbischof ist von der Gräfin N. und ihrem nächsten Verwandten eine Klage eingelaufen wegen Verführung ihrer minderjährigen Tochter, der der Erzbischof Religionsunterricht erteilte. Die Sache machte auf die Mitglieder des Synods einen niederschmetternden Eindruck. Der Synod hat beschlossen, bis zur Gerichtsverhandlung ihm die Amtshandlungen zu unterjagen.

Ausland.

England.

Ein Geschwader von 20 feindlichen Flugzeugen hat in der Umgebung von Southend 40 Bomben abgeworfen. 21 Personen wurden getötet und etwa 50 verwundet.

— Bonarlow hat im Parlament erklärt, daß die englische Regierung beschlossen habe, die Erlaubnis zur Fahrt nach Stockholm zur Sozialistenkonferenz nicht zugeben. Das Gleiche hätten die Staaten Frankreich und Italien beschlossen.

— Der Sozialisten-Minister Henderson ist von seinem Posten zurückgetreten.

— Lloyd-Georg hat erklärt: „Ausland ist bemüht, in der Armee die Disziplin wieder herzustellen. Unter diesen Umständen wäre nichts verderblicher, als die Teilnahme an einer Konferenz mit feindlichen Untertanen. Zu diesem Entschluß sind vier verbündete Regierungen gekommen. In diesem Augenblicke ziehe ich vor, nichts über Rußlands Meinungen zu äußern. Rußland hat große Schwierigkeiten zu überwinden. Vier verbündete Mächte sind zu dem Entschluß gekommen, daß, wenn die Friedensbedingungen auch einer Durchsicht unterzogen werden müssen, sie durch die Vertreter der ganzen Nation beraten werden müssen.“

Spanien.

Aus Madrid wird berichtet, daß der Ministerrat beschlossen habe, über ganz Spanien den Belagerungszustand zu verhängen.

Aus verschiedenen Städten berichtet man über Unruhen, die mit Militär niedergedrückt werden. Alles streift. In Madrid sind die Zeitungen nicht erschienen.

Aus der Heimat.

Mariental, Bez. Nowosjensk. (Zwei „Volksmänner“). Es gibt Leute, die den andern über die Nase viel zu glauben zumuten; es gibt sogar solche, die so unverfroren sind, anzunehmen, sie könnten einem andern eine Ohrfeige erteilen und, was die Hauptsache ist, mit solch vermeintlichem Geschick, daß der Betreffende oder, besser gesagt der Getroffene glaube, man hätte ihm die größte Wohltat erwiesen; wir haben sogar schon erlebt, daß man nach Erteilung einer Ohrfeige dem Getroffenen frech beteuerte: „Ich hab' dich aber so herzlich lieb“, und in seiner Frechheit auch annahm, der arme Teufel glaube es oder müsse es alleruntertänigst glauben.

Solche eigenartige „Beglückter der Menschheit“, die andere für glaubensfähiger halten als sich selbst, gibt es auch unter uns. Die größten von ihnen sind die beiden „Volksmänner“ Florian Klein und David Grünwald.

Der erste wandert als „arger“ katholischer Mann aus den Dörfern herum und singt das alte Entsagungslied, das Ciapocica vom Himmel, und sucht, die „Deutschen Stimmen“ zu verbreiten. Außer diesen Einschläferungsmitteln weiß er dem Volke nichts zu bieten. Dennoch glaubt er, als „Volksmann“ das Volk damit für Zeit und Ewigkeit wohl versorgt zu haben und setzt diesen Glauben auch bei dem Volke vorans; aber da hat er sich im großen und ganzen gründlich geirrt.

Der zweite erkühnt sich als unersehener „Volksmann“, der Lehrerschaft, die mit dem Volke und nicht mit den Kapitalisten gehen will, ins Handwerk zu pfuschen, indem er mit den Kapitalisten und solchen Menschen geht, von denen man nicht weiß ob sie Fleisch oder Fisch sind. Wenn dieser Herr glaubt, das Volk werde so dumm sein und ihm dafür einen Lorbeerkranz aufsetzen, so hat er, alles in allem genommen, die Rechnung auch ohne den Wirt gemacht.

Drei Marientaler.

Alta Kreebs.

Noch a mol so schön sieht aus die Welt,
Wann Hunger nett dr Maaga anält,
Un wann mit gut'm Appetit
Mir voll sich lege kann die Mitt'.

Doch wann ka Zeitung is im Haus,
Do siehst ganz öd' und traurig aus,
Do kann dr besta Schwortamaaga
Dr Befehung nett brjaaga.

Da uns im Warenborger Kraas,
Do werd's aam manchmal kalt un haas:
Im Kreesamt is so festgerost
Dr Prefedattl mit dr Post.

Do geht aich Johr un Tag vorbei,
Die Welt werd alt un werd aach nai,
Mir krija worm un kaltes Bett'r
Un sitz ohna Zeitungsbätt'r.

Dem Prefedattl geht's ganz gut,
Der sitzt un blost mit gut'm Mut
Dr Raach im Kreesamt weddr die Diela,
Un tut kaan Befehung fihla.

Ich denk', wann der sitzt hin'm Disch,
Un gawle kann ganz flink un frisch
Un Spohjerkl mit dem Krautsalat,
Do brauch' r aach ka Zeitungsblaat.

Drum nimm ich aach ka Blaas vor's Maul
Un sag', wer ich is trög' un faul,
Den häst mr, ohna allen Streit
'N alta Kreebs in naier Zeit.

Dr Bettr Hannes.

Briefwechsel mit der Dorfgemeinde.

Herrn N. in Paulskoi. Ob wir Deutsche mit Deutschen Kaufbriefe schließen dürfen? Selbstverständlich; wir sind mit allen Nationalitäten gleich berechtigt. Nur über Land dürfen keine Kaufbriefe geschlossen werden. Das ist allen Bürgern gesetzlich untersagt.

Herausgeber: Zeitungsgesellschaft m. b. S.

Redakteur: Ad. Emich.

Anzeigen.

Der Flüchtlings Jakob Albarschil sucht seine Schwiegereltern Georg und Anna Schwente aus dem Warshauer Gouvernement.
Adr.: st. Kamenka, cap. ryb. Kaply Kony.

Eine braune Stute,

6 Jahre alt, im linken Ohre ein kleiner Ausschnitt, mit dem Brandmahl „D“ auf der linken Seite, zusammen mit einem neuen Kettenwagen und Gespann sowie and' n Kleinigkeiten ist mir am 1. August auf dem Landstüde gestohlen worden. Etwasige Mitteilung bei guter Belohnung bitte zu melden bei Gottlieb Alberg in Orlowskoi.